



DUH-Hintergrund

Dokumentation eines Wortbruchs

Aussagen des EnBW-Vorstandsvorsitzenden Utz Claassen zum Atomkonsens in Deutschland

Die Energie Baden-Württemberg (EnBW) will das AKW Neckarwestheim 1 länger betreiben als im Atomkonsens vereinbart und damit den Ausstieg aus dem Atomausstieg in Deutschland einleiten. „Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird“, heißt es unmissverständlich in der Konsensvereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Atomkraftwerksbetreibern vom 15. Juni 2000, die auch EnBW unterzeichnet hat. Der EnBW-Vorstandsvorsitzende Utz Claassen hat das Abkommen über Jahre offensiv verteidigt, im Unterschied zu manchen seiner Kollegen in der Energiewirtschaft. Das änderte sich, nachdem in Berlin nicht mehr Gerhard Schröder, sondern Angela Merkel regierte. Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) dokumentiert eine Auswahl öffentlicher Bekenntnisse des Wendehalses Utz Claassen aus der Zeit vor und nach der Bundestagswahl im September 2005

28. Oktober 2004 (in der Wirtschaftswoche)

„Es gibt in Deutschland einen Ausstiegskonsens, nach dem der Ausstieg beschlossene Sache ist. Dazu stehen wir. Wenn wir von der Politik Planungssicherheit fordern, müssen wir selbst auch dafür sorgen. (...) Ich spekuliere nicht über eine veränderte Regierungszusammensetzung. Das verbietet mein Respekt vor dem Bundeskanzler.“

14. März 2005 (in der Financial Times Deutschland)

- zum Ausstiegskonsens anlässlich der Bilanzpressekonferenz 2005 -

„Die Industrie kann nicht Planungssicherheit verlangen und dann in Frage stellen, was sie selbst mit verhandelt, vereinbart und unterschrieben hat.“ Das voraussichtlich 2009 außer Betrieb gehende Kernkraftwerk Neckarwestheim I solle durch Steinkohle- und Erdgaskapazitäten ersetzt werden.

25. September 2005 (in der Welt am Sonntag)

- eine Woche nach der Bundestagswahl 2005 -

„Ich habe immer gesagt, es ist eine Frage des Anstands, sich an das zu halten, was verhandelt, vereinbart und unterschrieben wurde. Es ist auch durchaus eine Frage des Anstands, dass man über die Folgen des Vereinbarten reden darf, im Hinblick auf Kosten und Emissionen. Ich bin in der glücklichen Lage, nach der Wahl genau das gleiche sagen zu können wie vor der Wahl.“

2. November 2005 (im Handelsblatt)

„Aus meiner Sicht geht es nicht um einen Ausstieg aus dem Ausstieg. Mir geht es darum, die Modalitäten des Ausstiegs an veränderte globale Entwicklungen anzupassen und den Konsens dadurch zukunftsfähig zu machen.“

18. September 2006 (im Focus)

„Solange eine generelle Laufzeitverlängerung nicht geklärt ist, wollen wir Reststrommengen anderer Kraftwerke auf Neckarwestheim I übertragen. Wir werden im vierten Quartal 2006 den Antrag stellen. Dazu sind wir nicht nur aktienrechtlich verpflichtet, sondern besonders im Sinne unseres Klimas.“

Für Rückfragen: Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik & Öffentlichkeitsarbeit, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin; Tel.: 030 258986-0, Fax: 030 258986-19, Mobil: 0171 5660577, E-Mail: rosenkranz@duh.de